

Antwort auf eine Kleine Anfrage
— Drucksache 10/300 —

Betr.: Jugendarbeitslosigkeit;

hier: Freie Ausbildungsstellen in der Bauwirtschaft

Wortlaut der Kleinen Anfrage der Abg. Frau Schneider (FDP) vom 20. 10. 1982

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie Wiesbaden/Bonn weist im „Handelsblatt“ vom 29. 9. 1982 darauf hin, daß rund 10 000 Ausbildungsstellen in der Bauwirtschaft unbesetzt sind. Jahrelanger Nachwuchsmangel habe dazu geführt, daß die Stammarbeiterschaft der Baubetriebe, insbesondere die Poliere und Fachmeister, heute überaltert seien. Der Anteil der Facharbeiter auf den Baustellen werde durch anspruchsvollere Bautechniken und die ständig steigende Mechanisierung weiter zunehmen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch ist die Zahl der freien Ausbildungsplätze in der Bauwirtschaft in Niedersachsen?
2. Welche zusätzlichen Anstrengungen wird die Landesregierung unternehmen, um durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit Eltern und Jugendliche auf diese Ausbildungschancen aufmerksam zu machen?
3. Was will sie konkret unternehmen, um zu erreichen, daß sich die Wünsche der Jugendlichen bei der Wahl eines Ausbildungsberufes an den heute realistischen Berufschancen orientieren und nicht an irgendwelchen Traumberufen, in denen ihnen — selbst nach möglicher Lehre — später doch nur Arbeitslosigkeit bevorsteht?
4. a) Wie beurteilt sie Vorstöße führender Politiker in anderen Bundesländern, für alle Unternehmen eine Rechtspflicht einzuführen, in ausreichendem Umfang Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen?
b) Hält sie dies für eine geeignete Maßnahme im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung?
c) Wenn nein, welche anderen Maßnahmen hält sie für richtig?

Antwort der Landesregierung

Der Niedersächsische Kultusminister
— 01 — 01 420/5 — 10/300 —

Hannover, den 8. 12. 1982

Bei der Betrachtung der Ausbildungsplatzsituation in der Bauwirtschaft in Niedersachsen muß vor allem die besondere Situation in den einzelnen Regionen des Landes in den Vordergrund gestellt werden.

Die zutreffend geschilderte Altersstruktur der Fachkräfte im Baugewerbe und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, in größerem Umfang Fachkräfte auszubilden, hat in Niedersachsen bisher nicht überall zu einem Überangebot von Ausbildungsplätzen geführt. Die Bauwirtschaft in der Region Ostfriesland/Emsland beispielsweise ist aufgrund ihrer Struktur z. Z. in erheblichen Schwierigkeiten, weil der private Hausbau wegen des hohen Zinsniveaus nahezu zum Stillstand gekommen ist. Denn die Bauwirtschaft in dieser Region besteht bis auf wenige Ausnahmen aus kleinen, handwerklichen Betrieben, die fast ausschließlich vom privaten Hausbau leben und aufgrund ihrer begrenzten Leistungsfähigkeit und der Nachfrage im dortigen Raum andere Aufträge auch nicht erhalten können. Diese Betriebe haben in diesem Jahr erhebliche Schwierigkeiten gehabt, Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl anzubieten. Gerade in Regionen mit einer solchen Struktur der Bauwirtschaft ist aber die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in Bauberufen besonders groß. 15 % aller Interessenten für einen Ausbildungsplatz in Bauberufen in Niedersachsen kommen beispielsweise aus den 3 kleinen Arbeitsamtsbezirken Emden, Leer und Vechta.

In den Regionen im südlichen Niedersachsen besteht dagegen z. T. ein deutliches Überangebot an Ausbildungsplätzen in der Bauwirtschaft, die dort anders strukturiert ist und sich aufgrund zahlreicher anderer Ausbildungsplatzangebote auch einer geringeren Nachfrage gegenüber sieht.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen im einzelnen wie folgt:

Zu 1.

Die am 11. 8. 1982 von den Arbeitsämtern durchgeführte Erhebung der Ausbildungsplatzbewerber und der freien Ausbildungsplätze weist nur die häufigsten Berufe und „sonstige Berufe“ aus. Als Einzelberuf der Bauwirtschaft ist in dieser Erhebung nur der Maurer enthalten. Die Frage kann präzise daher nur für diesen Beruf beantwortet werden. Am 11. 8. 1982 gab es für diesen Beruf 235 bei den Arbeitsämtern gemeldete noch unbesetzte Ausbildungsplätze. Ihnen standen 170 Bewerber ohne Ausbildungsplatz für den Beruf des Maurers gegenüber. Landesweit bestand also ein Angebotsüberhang von 65 Ausbildungsplätzen. Während der Monate August und September dieses Jahres konnte die Zahl der Bewerber ohne Ausbildungsplatz bei den Arbeitsämtern um etwa 40 % reduziert werden. Es ist also davon auszugehen, daß die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze ebenfalls weiter zurückgegangen ist.

Zu 2.

Von Oktober 1981 bis September 1982 haben sich bei den Arbeitsämtern in Niedersachsen rd. 6 000 Bewerber für eine Ausbildung im Bauhaupt- und Baunebengewerbe gemeldet. Im gleichen Zeitraum wurden rd. 5 700 entsprechende Ausbildungsplätze angeboten. Das Überangebot an Ausbildungsplätzen für den Beruf des Maurers betrug bis August 1982 nicht mehr als 65 Plätze. Bei dieser Sachlage sieht die Landesregierung keine Veranlassung, für die Ausbildung in Bauberufen zu werben. Sie muß sich im übrigen mit derartigen Empfehlungen zurückhalten, um nicht ihre Neutralitätspflicht gegenüber der Gesamtwirtschaft und deren Ausbildungsbelangen zu verletzen. Es ist Sache der Bauwirtschaft selbst, sich im Wettbewerb um Auszubildende als interessant und attraktiv darzustellen.

Zu 3.

Die Wunsch- oder Traumberufproblematik wird nach neuesten Untersuchungen stark überbewertet. Die eine Ausbildung anstrebenden Jugendlichen haben heute in der Regel sehr realitätsbezogene Einstellungen bei der Berufswahl.

Dazu dürften die zahlreichen Berufsinformationsveranstaltungen beigetragen haben, die von vielen Trägern und bei verschiedenen Anlässen (z. B. Hannover-Messe, Infa) durchgeführt werden und sich großen Interesses der Eltern und Jugendlichen erfreuen. Diese Veranstaltungen werden teilweise vom Land finanziell gefördert. Die Arbeitsverwaltung baut z. Z. ein Netz von Berufsinformationszentren an den Arbeitsamtsstandorten auf, in denen sich Jugendliche mit Hilfe verschiedener Mediensysteme umfassend über alle Ausbildungsberufe selbst informieren können. Von großer Bedeutung für die Berufswahl sind schließlich die Informationen, die die Schüler der allgemeinbildenden Schulen Niedersachsens im Unterricht im Fachbereich „Arbeit-Wirtschaft-Technik“ und bei der Teilnahme an Betriebspraktika erhalten. Auch der Unterricht im Berufsgrundbildungsjahr enthält wichtige Elemente der Berufsinformation innerhalb eines Berufsfeldes.

Angesichts dieses Bündels von Informationsangeboten sieht die Landesregierung zu weiteren eigenen Aktivitäten im Bereich der Berufsinformation keinen Anlaß.

Zu 4. a) und b)

Die Begründung einer Ausbildungspflicht der Wirtschaft im Sinne eines sanktionsbewehrten oder einklagbaren Anspruchs wird von der Landesregierung abgelehnt. Sie ist der Auffassung, daß die Wirtschaft ihrer vom Bundesverfassungsgericht bestätigten Verantwortung für die betriebliche Ausbildung im dualen System dann besser und wirkungsvoller gerecht werden kann, wenn Ausbildungsentscheidungen ohne gesetzlichen Zwang erfolgen. Ein solcher gesetzlicher Eingriff würde auch nicht unserer Wirtschaftsordnung entsprechen.

Zu 4. c)

Die Landesregierung sieht ihre Aufgabe und Verantwortung zunächst einmal im berufsschulischen Teil des dualen Systems der beruflichen Bildung. Sie hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß allen Jugendlichen, die noch schulpflichtig sind und noch keinen Ausbildungsplatz haben, eine breite Palette berufsbildender Vollzeitschulen angeboten wird, an denen sie eine gute Basisqualifikation erhalten können. Dazu gehören insbesondere die Berufsfachschulen und das Berufsgrundbildungsjahr, die aufgrund der Anrechnung auf die betriebliche Ausbildung die Wirtschaft auch entlasten.

Darüber hinaus hat die Landesregierung im betrieblichen Bereich mit regionalen Förderprogrammen für zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze in problematischen Regionen und Berufen gesorgt und dafür bisher etwa 64 Mio. DM bereitgestellt. Außerdem fördert die Landesregierung durch entsprechende Zuschüsse die Wiedereingliederung von Auszubildenden, die durch Konkurse oder Betriebsstillegungen betroffen sind, und die Motivation Jugendlicher, auch Ausbildungsplätze anzunehmen, die eine auswärtige Unterbringung erfordern. Bereits jetzt berät sie mit dem Landesausschuß für Berufsbildung sinnvolle, effektive und bedarfsangemessene Maßnahmen zur Erweiterung des Angebots an betrieblichen Ausbildungsplätzen im kommenden Jahr.

In Vertretung

Schae de